

Mit dem verfassungswidrigen Verbot der KPD hofft Bonn, in den Besitz einer juristisch verbrämten Handhabe gelangt zu sein, mit deren Hilfe die Kräfte des Friedens und des Ringens um die friedliche demokratische Wiedervereinigung Deutschlands geknebelt werden.

Dieser Plan ist zum Scheitern verurteilt, wenn sich ihm die ganze deutsche Arbeiterklasse und alle friedliebenden Menschen energisch widersetzen.

Die Deutsche Demokratische Republik wird alle Kräfte anstrengen und nie müde werden, den Weg zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage zu bahnen, der nur über die Verständigung und die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten gehen kann. Sie tritt dafür ein, daß der Damm, den die westdeutschen Militaristen zwischen den beiden deutschen Staaten errichtet haben, wieder beseitigt wird. Nur eine reale Politik der Verständigung und der Annäherung beider Teile Deutschlands kann die Gefahr des Bruderkrieges und des Aufflammens eines neuen Weltkrieges bannen. Diesem Ziel dient auch die Herabsetzung der Mannschaftsstärke unserer nationalen Streitkräfte von 120 000 auf 90 000 Mann.

Die nationalen Interessen unseres Volkes, die Sache des Friedens und der demokratischen Wiedervereinigung erfordern: Aufhebung des Verbots der KPD und Verbot aller militaristischen Organisationen und Verbände; Entfernung der Hitlergenerale und Revanchisten aus der Armee, Nationalisierung der Rüstungsmonopole, deren Besitzer die Träger der Revanchepolitik und des Faschismus in Westdeutschland sind; Wiederaufhebung der allgemeinen Wehrpflicht in Westdeutschland; Begrenzung der bewaffneten Kräfte in beiden Teilen Deutschlands und schrittweise Zurückziehung der ausländischen Truppen aus Deutschland.

Die Deutsche Demokratische Republik als unabhängiger souveräner Staat ist zu einem internationalen Machtfaktor geworden, ohne dessen Mitwirkung heute keines der Europa betreffenden Probleme mehr dauerhaft gelöst werden kann. Die auf den Prinzipien der Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Völker basierende Außenpolitik der Regierung der DDR tritt für die friedliche Koexistenz von Staaten verschiedener gesellschaftlicher Systeme und für die grundsätzlich friedliche Lösung aller internationalen Fragen ein. Die ägyptische Nation in ihrem Kampf um die Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit und Souveränität findet darum auch die DDR in den Reihen ihrer Verteidiger.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein unabhängiger und souveräner Staat, der seine Außen- und Innenpolitik selbst bestimmt und im vollen Besitz der Gleichberechtigung in der Familie der Völker internationale Verträge abschließt. Die internationale Anziehungskraft der DDR wächst ständig. Freundschaftliche diplomatische, wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen verbinden sie mit der Sowjetunion, mit Volkschina und den übrigen Ländern des sozialistischen Weltsystems. Freundschaftliche wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen sind auch zu solchen Mächten des Friedenslagers hergestellt, wie Indien, Jugoslawien, Ägypten, Sudan, Indonesien u. a. Mit 22 kapitalistischen Staaten bestehen feste Abkommen über wirtschaftliche Beziehungen.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ein Staat, dessen Regierung, aus dem Volke hervorgegangen, sich auf die Kraft der Volksmassen stützt und den von diesen gewählten Abgeordneten, der Volkskammer, verantwortlich ist. Die Volkskammer der DDR ist ein wahres Parlament des Volkes. Von ihren 466 Abgeordneten sind 268 Arbeiter und 46 Bauern. Zwei Drittel aller Abgeordneten